

HEUTE: **Stellen Nordost**

Der Landbote

Die Nordostschweizer

L A T T V O N W I N T E R T H U R U N D U M G E B U N G



Vormittag **8°**
Nachmittag **24°**

WETTER SEITE 36

Antichrist:

Charlotte Gainsbourg fällt im Film von Lars von Trier aus der Welt

SEITE 19

Neuer Tritt:

Der Wanderweg im Röhrlitobel führt neu über eine Stahltreppe

SEITE 26

Steve von Bergen:

Als neue Schweizer Abwehrstütze heute gegen Lettland

SEITE 37

Gläubiger setzen Sachwalter ab

Tumult an der Gläubigerversammlung der Verwaltungs AG: Weil sie mit dem Verlauf der Nachlassverwaltung unzufrieden sind, setzen die Gläubiger einen neuen Liquidator ein, der die Klage gegen die drei Ex-Verwaltungsräte führen soll.

WINTERTHUR – Die Gläubiger der Verwaltungs AG bekommen eine Dividende von sieben Prozent. Dafür sollen sie auf den Rest ihrer Einzelforderungen verzichten und in der Folge gemeinsam unter Führung eines Liquidators vor Gericht die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Etwa so lautete der gestern von Sachwalter Rudolf Dürst präsentierte Nachlassvertrag, dem die Mehrheit innert zehn Tagen zustimmen soll. Seit die Verwaltungs AG vor Jahresfrist

Pleite machte, warten 213 Hausbesitzer auf ausstehende Mietzinsrücklagen, welche das Unternehmen für sie verwaltete. Der ehemalige Verwaltungsratspräsident soll in den Jahren davor mehr als neun Millionen Franken branchenfremd in den Baumwollhandel in Australien investiert und in den Sand gesetzt haben. Derweil traten zwei weitere Verwaltungsräte aus der Firma aus und sollen Mitarbeiter sowie eine Vielzahl bester Kunden abgeworben haben. Beides zusammen

führte im Juli 2008 zur Zahlungsunfähigkeit des Immobilienunternehmens. Kurz darauf wurde die Verwaltungs AG vom Heizölhändler Heinz Kübler übernommen. Treuhänder Dürst wurde als Sachwalter eingesetzt.

Beide mussten gestern damit rechnen, dass der zahlreich aufmarschierten Gläubigerschaft der Kragen platzt: 14 Monate haben sie gewartet, ohne einen Franken retourzubekommen, jetzt sollten sie «mit einem Trinkgeld» abgespiesen werden. Ausserdem warfen mehrere Geschädigte dem Duo Kübler/Dürst vor, den ehemaligen Verwaltungsratspräsidenten «als wahren Dieb» mit der beabsichtigten Zivilklage schonen statt endlich «gnadenlos betreiben» zu wollen.

Das so geäußerte Misstrauen mündete in der Wahl eines neuen Liquidators: Felix Rutschmann, ein kurzerhand von einzelnen Gläubigern vorgeschlagener Anwalt aus Zürich, soll nun für die Geschädigten die Kohlen aus dem Feuer holen. Voraussichtlich, so liess er durchblicken, aber mit derselben Strategie wie sein Vorgänger Dürst.

«Eine Betreibung des Ex-Präsidenten dürfte keinen Franken bringen», sagte Rutschmann. Nur die vor Bezirksgericht bereits hängige Verantwortlichkeitsklage, bei deren Erfolg alle einst Verantwortlichen solidarisch haften würden, habe «gute Chancen», dass die Geschädigten dereinst mehr als sieben Prozent Nachlassdividende zurückbekommen. (mō/sa) **Seite 13**

Merz muss sich vor GPK rechtfertigen

BERN – Die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission (GPK) will die Rolle von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz und des Bundesrats in der Libyenaffäre unter die Lupe nehmen. Dies beschloss sie an ihrer gestrigen Plenarsitzung. Die GPK will insbesondere die institutionellen Aspekte bezüglich des Schiedsvertrags, den Bundespräsident Merz in Tripolis mit Libyen unterzeichnet hat, untersuchen. Sie wird dabei mit der ständerätlichen GPK zusammenarbeiten.

Hohe Wellen warf gestern zudem der durch eine Indiskretion in einigen Zeitungen publizierte Brief des libyschen Ministerpräsidenten Al Baghdadi Ali al Mahmoudi an Bundespräsident Merz. Nach einer Aussprache in den Aussenpolitischen Kommissionen der Räte warfen Merz verschiedene Parlamentarier vor, «ziemlich naiv» einer «reinen Absichtserklärung» einer «üblen Diktatur» vertraut zu haben. Andere Politiker nahmen Merz hingegen in Schutz. (tm) **Seite 5**

Die CVP tritt mit Urs Schwaller an

BERN – Die CVP schickt den Freiburger Ständerat Urs Schwaller definitiv ins Rennen um den frei werdenden Bundesratsplatz. Die Entscheidung der Bundeshausfraktion von CVP, EVP und Grünliberalen fiel gestern ohne Gegenstimme. Die beiden andern Bewerber, der Tessiner Regierungsrat Luigi Pedrazzini und der Freiburger Nationalrat Dominique de Buman, zogen ihre Kandidaturen noch vor der Abstimmung zurück. Schwaller bewertete seine Wahlchancen auch gestern mit 50 zu 50. (sda) **Seite 3**

Kampf um neun Stadtratssitze

ILLNAU-EFFRETIKON – Für Spannung im Wahlkampf um Illnau-Effretiker Stadtratssitze im kommenden Frühling sorgen die Jungliberalen: Sie haben ihren Gemeinderat Philipp Wespi ins Rennen geschickt. Somit bewerben sich zehn Kandidaten für neun Sitze. Einen zusätzlichen Sitz will die SVP ergattern. Der 28-jährige Illnauer Betriebswirtschaftler Wespi glaubt nicht, dass er mit seiner Kandidatur den Bürgerlichen schadet. «Es ist eine Personenwahl und kommt auf das Engagement an», sagt er. (neh) **Seite 27**



WINTERTHUR IST BELIEBT WIE NIE

98 Prozent der Bevölkerung leben «gerne» oder «sehr gerne» in Winterthur. Das ergab eine vom Stadtrat in Auftrag gegebene Meinungsumfrage. Als Probleme genannt werden Verkehr, Littering und Wohnungsnot. Gute Noten erhalten Bahn und Bus. Bild: mad

Immer mehr junge Leute ohne Arbeit

BERN – Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz steigt weiter. Im August waren über 150000 Menschen ohne Arbeit – so viele wie nie mehr seit Februar 2006. Besonders stark stieg dabei die Jugendarbeitslosigkeit. Sie nahm innert Monatsfrist um 14 Prozent zu. Dass Junge besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, liegt laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) daran, dass Jugendliche häufig zeitlich befristet oder temporär angestellt sind. Die Situation der Lehrabgänger hat sich dagegen kaum verändert. Nach wie vor finden gleich viele Lehrabgänger eine Stelle wie vor der Krise. Laut Seco ist das ein Hinweis darauf, dass sich die Unternehmer bemühen, ihre Lehrlinge zu behalten. Schwieriger dagegen ist es für Lehrabgänger laut Kaufmännischem Verband, auf dem freien Stellenmarkt eine Stelle zu erhalten. (red) **Seite 9**



ANZEIGE

HELLS ARMEE Brocki.ch

Ab Sa. 12. Sept. Grosser Bilder & Teppichverkauf in Frauenfeld

Allmendweg 46
8500 Frauenfeld

Abholdienst & Räumungen
Tel 0848-276 254*
(*Lokaltarif 8 Rappen pro Minute)

www.brocki.ch

Ständerat will Soldaten vor Somalia

BERN – Der Ständerat befürwortet den Einsatz von bis zu 30 Schweizer Soldaten gegen somalische Piraten im Golf von Aden. Er hat der Teilnahme an der EU-Mission Atalanta gestern mit 33 gegen 5 Stimmen klar zugestimmt. Wie Aussenministerin Micheline Calmy-Rey vertraten die CVP, die FDP und die SP die Ansicht, dass der Einsatz den schweizerischen Interessen entspreche und einen Beitrag an die internationale Solidarität leiste. Calmy-Rey betonte dabei, dass die Polizeiaktion in erster Linie humani-

täre Interessen verfolge und prioritär die Schiffe des Welternährungsprogramms schützen solle, von deren Lieferungen ein Drittel der Bevölkerung Somalias abhängt.

Vergeblich argumentierten die Grünen, dass die Schweiz für solche Aktionen nicht gerüstet sei. Luc Recordon (Grüne, VD) vertrat die Ansicht, dass die Schweiz sich auf das konzentrieren solle, was sie gut könne: «Helfen und vermitteln.» Die SVP sieht im Einsatz eine Aufweichung der Neutralität und lehnte ihn deshalb ab. (sda/ap) **Seite 4**

Enkeltrickbetrüger wurde verurteilt

ZÜRICH – Ein 32-jähriger Pole ist gestern vom Bezirksgericht Zürich zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von 14 Monaten verurteilt worden. Damit hat das Gericht den Antrag der Staatsanwaltschaft übertroffen. Der geständige Rom fungierte im Rahmen eines Enkeltrickbetrugs als Bote. Dabei hätte eine 88-jährige Zürcherin um 55000 Franken betrogen werden sollen. Die rüstige Seniorin alarmierte jedoch rechtzeitig die Polizei. (ap) **Seite 25**

ANZEIGE

24-h-Notfallstation 052 266 17 17

schnell, professionell, freundlich

KLINIK LINDBERG
Schickstrasse 11, 8400 Winterthur
www.lindberg.ch

für alle Versicherungskategorien